

Die Versprechen der Demokratie

Voraussichtliche Erscheinungstermine: 24.9., 26.9., 27.9. (Print) und 29.9. (nur online)

Hamzawy:

Demokratisierung

Ägyptens

in

Gefahr

Von Tobias Müller

Nachdem am ersten Kongresstag bereits auf die globale Attraktivität der Demokratie verwiesen wurde, nahm sich das Plenum I der

„Demokratie in aller Welt“ an. Neben Claudia Derichs und dem kurzfristig für Christian Welzel eingesprungenen André Schlumberger nahm unter der Moderation von Andrea Lenschow auch Amr Hamzawy von der Universität Kairo an der Diskussion teil. Hiermit war bereits durch die Besetzung des Podiums die Brücke zwischen politischer Theorie und Praxis geschlagen, denn Hamzawy ist neben seiner Tätigkeit als Professor der Politikwissenschaft auch als politischer Aktivist und Vorsitzender der *Partei Freiheitliches Ägypten* in der demokratischen Bewegung Ägyptens aktiv.

Den Anfang machte jedoch Claudia Derichs, die in kritischer Absicht auf die in westlichen Kreisen vorherrschende Auffassung der Demokratie als einzigm Referenzrahmen politischer Ordnungen



(v.l.) Andrea Lenschow, Amr Hamzawy, Claudia Derichs

verwies. Diese aus normativer Perspektive durchaus nachvollziehbare Praxis versperrte den Blick für alternative Ordnungsvorstellungen, die gerade im arabischen und asiatischen Raum zu beobachten seien. So habe der Terminus „Demokratie“ im Rahmen der jüngsten politischen Bewegungen in der arabischen Welt keine herausragende Stellung eingenommen. Nicht die Forderung nach der Etablierung eines demokratischen Systems, sondern der Kampf für die „Würde der Menschen“ hätte deren inhaltlichen Kern gebildet.

Wenngleich Amr Hamzawy dem empirischen Befund bezüglich der Stellung des Demokratiebegriffs im Zuge des „arabischen Frühlings“ zustimmte, wollte er dies nicht zum Anlass nehmen, daran zu zweifeln, dass die Demokratie in der Zwischenzeit tatsächlich den Referenzrahmen für die unterschiedlichen politischen Gruppen im arabischen Raum bzw. in Ägypten darstellt. Dies sei jedoch nicht in erster Linie kurzfristigen Verschiebungen im politischen Machtgefüge geschuldet, sondern einem sich seit 30 Jahren vollziehenden Einstellungswandel der ägyptischen Bevölkerung. Gefahren für die Demokratisierung in Ägypten sah Hamzawy jedoch ebenfalls: allen voran die mangelhafte soziale Gleichheit, die großen Wohlstandsdisparitäten, den immer wieder aufflammenden Populismus sowie das Missverständnis zwischen starken gesellschaftlichen Akteuren und schwachen

politischen Institutionen sollten als Hindernisse auf dem Weg zu einer stabilen Demokratie nicht aus dem Blick geraten.

Eben auf diesen Stabilitätsaspekt hatte bereits Schlumberger in seinem Beitrag verwiesen und die stärkere politikwissenschaftliche Beschäftigung mit Fragen der Stabilität bzw. Instabilität demokratischer Systeme eingefordert. Zudem sei es unabdingbar, die Essensen der Demokratie zu benennen, also präzisere Demokratiedefinitionen aufzustellen. So seien Definitionsteile wie etwa „good governance“ schon in sich zu unbestimmt, um ihrerseits zu einer Schärfung des Demokratiebegriffs beitragen zu können.

„Good governance“ ist in sich zu unbestimmt

**Mangelhafte
soziale
Gleichheit,
aufflammender
Populismus**

Die an die Diskussion anschließende offene Fragerunde zielte dann vorwiegend auf tagespolitische Themen. So wurde auf das der Demokratisierung durchaus nicht zuträgliche Politikverständnis des ägyptischen Präsidenten Mursi verwiesen, die Rolle der politischen Öffentlichkeit in demokratischen Transformationsprozessen näher beleuchtet und das Verhältnis von sozialer Gleichheit, den Beschäftigungsverhältnissen und der menschlichen Würde thematisiert.

Unterm Strich steht für dieses erste Plenum eine fruchtbare Verbindung zwischen Theorie und Praxis, an der eine Tagung über „Die Versprechen der Demokratie“ auch weiterhin nicht vorbeikommen dürfte. •

Europa: weniger Beteiligung, wachsende Ungleichheit

Von Tobias Müller

Wohl kaum ein anderes Thema beschäftigt die politische Landschaft Europas dieser Tage so umfassend wie die anhaltende Finanzkrise. Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass sich die Sektion „Politische Ökonomie“ diesem Thema beziehungsweise dem generellen Verhältnis von „demokratischer Politik und kapitalistischer Ökonomie“ im Rahmen ihrer insgesamt vier Panels annimmt. Durch zwei kurzfristige Absagen musste das dienstagsliche Programm jedoch dahingehend modifiziert werden, dass die verbliebenen vier Beiträge in einem Panel vereint wurden.

Den Anfang machte hierbei Armin Schäfer, der sich dem Verhältnis von wirtschaftspolitischer Liberalisierung, sozioökonomischer Ungleichheit und demokratischer Beteiligung zuwendete. In diesem Zusammenhang war ihm zunächst daran gelegen nachzuweisen, dass in den letzten Dekaden tatsächlich eine merkliche Liberalisierung stattgefunden und diese wesentlich auf die Vergrößerung des Einkommensgefälles gewirkt hat. Sodann wurde der Nettoeffekt dieser Einkommensdisparitäten auf die politische Beteiligung nachgewiesen. Im Ergebnis, so Schäfers pessimistisches Fazit, steuere man in Europa derzeit auf einen Teufelskreis aus weniger Beteiligung und gleichzeitig wachsender Ungleichheit zu. Durch die sinkenden Beteiligungsquoten sozioökonomisch schwacher Bevölkerungsschichten werde den Parteien der Anreiz genommen, programmatisch auf diese einzugehen. Die Folge sei eine Politik, die sich zunehmend den

besser gestellten Bevölkerungsgruppen annehme, den wachsenden sozialen Ungleichheiten also immer weniger entgegenwirke.

Ebenfalls wenig Grund zu euphorischen Zukunftseinschätzungen gaben die Beiträge von Hans-Jürgen Bieling und Ioannis Kompsopoulus. Während Bieling insbesondere die destruktiven Folgen des europäischen Finanzmarktkapitalismus auf die nationalen Demokratien in Europa in den Mittelpunkt der Betrachtung rückte, kam Kompsopoulus vor allem auf die desintegrativen Folgen der europäischen Integration zu sprechen, also auf die Ablösung politischer durch zwischenstaatliche Konfliktlinien. Die Schwächung nationaler Demokratien führte Bieling in erster Linie auf die sinkenden Steuer- und Gestaltungsressourcen des Staates in Folge der zunehmenden Kapitalmobilität und wachsender Staatsschulden zurück. Unterm Strich, so Bieling, ließen die aktuell zu beobachtenden „krisenkonstitutionalistischen Reformen“ zudem auf die Festbeschreibung einer austeritätspolitischen Konsolidierungsagenda, beispielsweise in Form der Fiskalunion, hinaus; eine für die Handlungsfähigkeit nationaler Demokratien verheerende Entwicklung.

Vom pessimistischen Grundton haben sich lediglich Gerald Schneider und Federica Genovese ab, die in ihrem Beitrag aus historischer Perspektive auf die Möglichkeiten hinwiesen, die Finanz-, Schulden- und Währungskrisen in den letzten 60 Jahren für eine zunehmende Demokratisierung sowie die Autonomisierung der Zentralbanken bereitgestellt hätten.

Insgesamt überwogen jedoch angesichts der gegenwärtigen Lage die verhaltenen bis pessimistischen Stimmen. Kein Grund, so kann man wohl sagen, die „Versprechen der Demokratie“ über Bord zu werfen, eher sie gegen die nicht eingelösten Versprechen der Ökonomie in Position zu bringen. •

Wer ist das Volk?

Von Isabella Bauer und Christian Saathoff

Keine Demokratie ohne Demos – doch wie lässt sich das griechische Konzept in der politikwissenschaftlichen und politischen Gegenwart überhaupt verstehen? Zum Thema „Politische Einheit und Politische Autonomie. Wer ist heute der Demos?“ referierten und diskutierten im Plenum II Martin Saar und Winfried Thaa.

Saar, gebürtiger Tübinger und promovierter Philosoph, forderte die Zuhörer mit einem entsprechend philosophisch geprägten Vortrag mit dem Titel „„Multitude“ oder Volk? Neubestimmung des Subjekts demokratischer Politik“ heraus. Gleich zu Beginn ging Saar auf die beiden Demokratiephilosophen Hobbes und Spinoza ein und hob den Unterschied beider Ansätze hervor: Während Hobbes den Demos als politische Einheit sieht, ist Spinoza zufolge der Demos ein vielfältiger, pluralistischer Akteur und eben keine Einheit, sondern eine Vielheit oder „multitude“. Saar erläuterte, warum Spinozas Verortung des Demos‘ als pluralistischer, uneinheitlicher Akteur Orientierung gibt bei der Frage, wer der Demos eigentlich ist. Unter anderem deshalb, da gerade diese unbeantwortete Frage Voraussetzung für Vertreter von Spinozas Ansatz ist. Niemand könne diese Frage selbst beantworten, da keiner über die notwendige Objektivität verfüge.

Mit dem Verweis auf aktuelle Debatten um den Demos-Begriff verdeutlichte Saar, dass der Demos erstens nicht lokalisierbar ist und zweitens auch ohne den Staat betrachtet werden muss. Als Beispiel führte Saar unter anderem Europa an, dessen vielfältige Bevölkerung man ebenfalls nicht als Einheit definieren könne. Auf die eingangs gestellte Frage „Wer ist der Demos?“, resümierte Saar, gebe es eben nicht die eine, sondern viele gute Antworten.

Eine mögliche weitere gute Antwort bot Winfried Thaa in seinem Vortrag. Er verbinde, so Thaa zu Beginn des Vortrags, nostalgische Erinnerungen mit dem Audimax, das während seiner Tübinger Studienzeit in den 1970er Jahren Ort „großer politischer Auseinandersetzungen“ war. Politische Auseinandersetzungen waren auch eines der Themen seines Vortrags. Er ging der Frage nach, was Repräsentation für eine pluralistische Gesellschaft leistet und wo die räumlichen und zahlenmäßigen Grenzen des Demos‘ liegen. Besonders im Hinblick auf den Charakter der Europäischen Union und die aktuelle Diskussion um den wiedererwachten Nationalismus in den

Nationalstaaten scheint es angemessen, sich zu beiden Themen Gedanken zu machen.

Neueren Verständnissen von Repräsentation zufolge ist der Demos demnach kein geschlossener, einheitlicher Körper, sondern beinhaltet stets unaufhebbare Differenzen zwischen seinen Mitgliedern. Die große Leistung der Demokratie besteht darin, die daraus resultierenden Konflikte zu institutionalisieren. Diese Funktion übernehmen Repräsentanten, die notwendigerweise Konflikte interpretieren und in der politischen Arena ausdiskutieren. Im Zuge dessen tragen sie durch das Aufzeigen politischer Alternativen auch entscheidend zur Meinungsbildung bei. Ein solches Verständnis von Repräsentation erlaubt es, den Demos über Staats- und Kulturgrenzen hinweg zu erweitern.

Demos beinhaltet
unaufhebbare
Differenzen
zwischen seinen
Mitgliedern



(v.l.) Martin Saar, Michael Haus, Winfried Thaa

Wo
liegen die
räumlichen
und
zahlenmäßigen
Grenzen
des Demos?

Am Beispiel der EU argumentierte Thaa, dass supranationale Institutionen grenzübergreifende Konflikte aufgreifen und den Bürgern Alternativen aufzeigen müssen. Die Frage, ob es für einen über Staatsgrenzen hinweg erweiterten Demos nicht auch staatsübergreifende Gemeinsamkeiten geben müsse, sollte also anders gestellt werden: Gibt es Konflikte, die von Angehörigen verschiedener Staaten bzw. Kulturen gemeinsam diskutiert und entschieden werden können?

Die Veranstaltung schloss mit einem durchaus versöhnlichem Statement beider Dozenten: Nach dem Hinweis eines Fragestellers aus dem Publikum stellte Saar fest, dass sich beide Vorträge durchaus verbinden ließen. In gewisser Weise könne Thaas Fokus auf die Repräsentation innerhalb der Demokratie als Antwort auf die Probleme der Vielfältigkeit des Multitude-Ansatzes von Saar verstanden werden. •

Verwaltung:

Interaktion

findet

informell

statt

Von Isabella Bauer

Jeder Staat benötigt eine funktionierende Verwaltung. Die Sektion Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft ging unter dem Titel „Verwaltete Demokratie oder demokratische Verwaltung?“ der Frage nach, wie sich die Arbeitsweise von Verwaltungen durch stärkere Bürgerbeteiligung ändert – und ob diese in der Verwaltung überhaupt wünschenswert ist.

Besonders auf lokaler Ebene lässt sich das demokratische Ideal gut verwirklichen. Andrea Walter untersucht in ihrer Dissertation die Demokratieorientierung der Münsteraner Verwaltung und kommt zu überwiegend positiven Ergebnissen. „Interaktion findet permanent und überwiegend informell statt“, konstatiert sie. Die Auswertung von Experteninterviews und Dokumentenanalysen ergab, dass Verwaltungsangestellte ein großes Interesse beispielsweise an sachkundiger Expertise haben, wie sie spezialisierte Vereine und Interessengruppen anbieten können. Problematisch ist laut Walter, dass die Interaktion zwischen Verwaltung und Öffentlichkeit durch einen Mangel an koordinierenden Regeln und Transparenz gekennzeichnet ist, weshalb das Verwaltungshandeln schwer durchschau- und vorhersagbar ist.

Ebenfalls auf der Kommunalebene forschten Tobias Fuhrmann und Thomas Bathge. Sie führten Untersuchungen zum so genannten „Bürgerhaushalt“ durch, bei dem sich die Öffentlichkeit über diverse Kanäle an der kommunalen Haushaltplanung beteiligen kann. Bürgerhaushalte sind attraktiv, weil sie für Transparenz, Dialog, Unterstützung und Legitimation sorgen. Während das Konzept teilweise scheitert (beispielsweise im stark verschuldeten Essen), ist es andernorts bereits etabliert, wenn auch verbesserungsfähig (etwa im Berliner Bezirk Lichtenberg).

Jörg Bogumil forschte auf Landesebene und referierte zum schwierigen Verhältnis von Verwaltungsreformen und Demokratie. Schwierig ist das Verhältnis insofern, als dass sich besonders radikale Reformen am ehesten mit Zeitdruck und durch Ausschluss der Öffentlichkeit durchsetzen lassen. Bogumil argumentierte jedoch, dass ein Mangel an Öffentlichkeitsbeteiligung nicht notwendigerweise auch ein Mangel an Legitimität ist, da besonders Funktionalreformen hoch kompliziert sind. Stattdessen plädiert er für eine „langsame und formal ergebnisoffene Lösungssuche unter Einbeziehung institutioneller Akteure und Experten“.

Bastian Jantz und Markus Seyfried stellten ein noch im Entstehen begriffenes Projekt vor, das – nun auf Bundesebene – die Rolle des Rechnungshofs in der Arbeitsmarktpolitik untersuchen soll. Je nach Art der Beeinflussung durch den Rechnungshof reagiert die Bundesagentur für Arbeit von Anpassung bis zu Trotz oder sogar Manipulation.

Christian Bauer skizzierte in seinem Vortrag den „historischen Unfall“, der zur Gasnetzzugangsregulierung als „regulierte Selbstregulierung mit informalen Beteiligungsmöglichkeiten“ führte.

Marian Döhler resümierte schließlich, dass die deutsche Verwaltung scheinbar immer stärker versucht, Adressaten einzubinden. Woran liegt das? Eine mögliche Antwort wäre, dass Verwaltungsbehörden zunehmend Gestaltungskompetenzen erhalten oder sie sich aneignen, weil gesetzliche Vorgaben besonders zu sehr spezifischen Themen fehlen. Damit besitzen Verwaltungsbehörden eine Handlungsmacht, die sie auch vor der Bevölkerung legitimieren muss. Ob diese scheinbar neue Rolle der Verwaltung positiv zu bewerten ist, weil sie Regelungslücken schließt, oder negativ, weil sie eine Gefahr für das klassische Verständnis von Demokratie ist, ist noch offen. •

Die

wenigen,

die

deliberieren

Von Hannah Bethke

In welchem Verhältnis stehen Deliberation und Demokratie? Gelingt es deliberativen Demokratietheorien, ihre Versprechen einzulösen? Wird der Anspruch, durch Deliberation größere politische Gleichheit zu bewirken, in der Praxis auch umgesetzt? Diesen Fragen widmeten sich die Vorträge in der Sektion „Politische Theorie und Ideengeschichte“.

Dem „aristokratischen Erbe der deliberativen Demokratietheorie“ ging Dirk Jörke auf den Grund. Die Versprechen der deliberativen Demokratie, so Jörke, ließen sich nicht in die Praxis umsetzen. Die Ursache dafür liegt aus seiner Sicht in dem Umstand begründet, dass Deliberation aristokratischen Ursprungs ist. Im Rekurs auf Platons „Gastmahl“ und Edmund Burkes „Speech in Bristol“ versuchte Jörke, den „aristokratischen Charakter“ der Deliberation herauszuarbeiten, und stellte klar, dass man Gleichheit zwar als intrinsischen Wert der Deliberation betrachten könne, sich in der Tendenz jedoch zeige und auch empirisch nachweisen lasse, dass Deliberation immer auch zu Ausschlussprozessen führt. Ein Grundproblem deliberativer Demokratie sieht Jörke somit darin, wie er am Ende seines Vortrags zusammenfasste: „Es sind immer nur die wenigen, die deliberieren.“

Peter Niesen fragte in seinem Vortrag nach den begrifflichen Ursprüngen der Deliberation. Als Gewährsleute für die deliberative Theorie dienten ihm dabei Jean-Jacques Rousseau und Jeremy Bentham. Niesen diagnostizierte für eine längere Periode eine relative Abwesenheit des Ausdrucks „Deliberation“. Eine Gefahr für die begriffliche Entwicklung sah er in der unspezifischen Verwendung des Terminus „Deliberation“. Während Deliberation im 18. Jahrhundert noch institutionell gebunden gewesen sei, habe der Begriff durch die heute fehlende institutionelle Bindung seine politische Funktion verloren. •

**Die
Versprechen
der
deliberativen
Demokratie
ließen sich nicht
in die
Praxis
umsetzen.**



Demokratie als Chance begreifen

Von Tobias Müller

Eine Haltung gegenüber Demokratie einnehmen? DVPW-Vorsitzender Hubertus Buchstein brachte im Rahmen seiner Eröffnungsrede gleich drei zum Ausdruck. Zum einen erwähnte er das enthusiastische Festhalten an der ursprünglichen demokratischen Idee – in der Hoffnung auf die Erfüllung der mit ihr einhergehenden Versprechen. Zweitens gebe es die realistische Betrachtung der demokratischen Institutionen und Prozesse, ohne diese im Vorhinein als wünschensbeziehungsweise nicht-wünschenswert zu bezeichnen. Und drittens ergänzte er das sich desillusioniert Abwenden bei kleineren und größeren Problemen, die mit der demokratischen Regierungsform einhergehen (können).

Auch wenn diese Reaktionsweisen wesentlich auf die Entwicklung der politischen Haltung Friedrich Hölderlins zwischen 1793 und 1799 zurückgehen, so scheinen sie an Aktualität nichts verloren zu haben. In den Reden, Grußworten und Diskussionen an diesem ersten Kongressnachmittag in Tübingen kamen sie immer wieder zum Ausdruck. Egal, ob bei Thomas Diez, Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, Boris Palmer, Oberbürgermeister Tübingens, Winfried Kretschmann, Ministerpräsident Baden-Württembergs, Heinz-Dieter Assmann, Prorektor der Universität Tübingen, oder schließlich bei Hubertus Buchstein.

In ihren Redebeiträgen wurde die Demokratie in ihrer direkten und/oder repräsentativen Form als Chance begriffen, ohne dass hierüber die Risiken und Enttäuschungspotentiale, die mit ihr einhergehen, ausgeblendet worden wären. Grundsätzliche Einigkeit bestand hinsichtlich der Einschätzung der Demokratie als Bedingung dafür, dass sich Menschen als Freie und Gleiche begegnen

(v.l.) Susanne Pickel, Roland Roth

Zeit beobachtbare Macht der Finanzmärkte.

Entstehen hieraus Fragen für die Politikwissenschaft – hinsichtlich des grundsätzlichen Verhältnisses von Politik und Wirtschaft oder der Legitimation politischer Akteure wie der EU-Troika –, so kamen Boris Palmer und insbesondere Winfried Kretschmann vorwiegend auf die (direkt-)demokratische *Praxis* zu sprechen. Es gelte hierbei, so Kretschmann in Anlehnung an die von ihm auf den Weg gebrachte „Politik des Gehörtwerdens“, eine plurale Öffentlichkeit zu fördern und zu schützen. Nur so werde die Partizipation der Bürger und Bürgerinnen ermöglicht und stimuliert, denn deren Einmischung sei letztlich das „Lebenselixier“ der Demokratie.

Kam auch Kretschmann auf die mit diesem Politikprogramm einhergehenden Probleme zu sprechen, insbesondere auf das Missverständnis, nach dem „Gehörtwerden“ und „Erhörtwerden“ ein und dasselbe seien, so gingen Boris Palmer und vor allem die Diskutanten des Fachgesprächs über „Die Versprechen der direkten Demokratie“, Oscar W. Gabriel, Susanne Pickel und Roland Roth, auf die Frage ein, welche Ergebnisse direktdemokratische Verfahren letztlich produzierten. Auch hier hielten sich die bereits angesprochenen Haltungen der Euphorie, des Realismus und der Resignation die Waage. Während Roth vorwiegend auf die Chancen deliberativer Verfahren einging, zeigten sich Pickel und insbesondere Gabriel aufgrund einer fehlenden empirischen Grundlage bezüglich der Qualität der direktdemokratisch erzielten Ergebnisse eher skeptisch.

Man muss angesichts dieser ersten Eindrücke sicherlich nicht allzu tief in die viel zitierte Glaskugel schauen, um davon ausgehen zu können, dass sich auch die Beiträge und Diskussion in den kommenden Kongresstagen innerhalb dieses Spannungsfeldes zwischen Chancen und Risiken der Demokratie bewegen werden. ●

können. Mithin gelte die Demokratie als Voraussetzung für ein gerechtes Miteinander, bestehe doch lediglich in ihr die Möglichkeit der Einlösung des grundlegenden „Rechts auf Rechtfertigung“.

Eben dieser unauflösbar normative Kern der Demokratie sei es dann auch, so Hubertus Buchstein, der hauptsächlich für ihre begriffliche Überlebensdauer zeichne, die sie von nahezu jedem anderen politikwissenschaftlichen Begriff unterscheide. Auch die globale Attraktivität der demokratischen Idee ließe sich hierauf zurückführen. Ob in Libyen, Ägypten oder, immer noch andauernd, in Syrien: Die Ideale der Demokratie wirken nach wie vor als Motivator politischen Handelns in autokratischen Systemen. Aber nicht nur das Einstehen für demokratische Werte in Autokratien sei zu beobachten. Auch bereits etablierte Demokratien sähen sich immer wieder anti-demokratischen Tendenzen ausgesetzt, nicht zuletzt durch die seit geraumer

Einmischung
ist das
„Lebenselixier“
der
Demokratie

Menschen

und

Momente

Mit einer fulminanten Eröffnung legte der diesjährige DVPW-Kongress den Grundstein für eine spannende Woche. Als Gastredner war der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, höchstpersönlich erschienen. Das regionale Medieninteresse war entsprechend. •





Mehr mit Fans kommunizieren

Von Christian Saathof

Urwahlen, Fußball, Deliberation: Die erste Sitzung der Sektion „Politische Soziologie“ am Dienstagnachmittag war thematisch äußerst breit gefächert. Sektionssprecherin Britta Rehder von der Ruhr-Universität Bochum begrüßte die Gäste in Hörsaal 1 in der „Neuen Aula“ und freute sich über große Resonanz auf den Call for Papers der DVPW-Sektion. „Der neue Charme der Partizipation. Die Wiederentdeckung der Input-Legitimation im politischen Prozess“, unter diesem Thema präsentierten insgesamt fünf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Arbeiten.

Klaus Detterbeck von der Universität Magdeburg-Stendal stellte die Ergebnisse seiner Untersuchung über Urwahlen in deutschen Parteien vor. In Zeiten schwindender Mitgliedszahlen sind Urwahlen für politische Spitzenämter nach der eigenen Einschätzung vieler Parteien ein attraktives Mittel, um Mitglieder anzuwerben. Detterbecks vorläufiges Fazit war allerdings eher ernüchternd: Auch wenn die Parteien auf diese Weise ihre Mitglieder mobilisieren können, neue Mitglieder werden dadurch nicht angelockt.

Es folgte der einzige „Doppelvortrag“ an diesem Nachmittag, gehalten von Jürgen Mittag und seinem Kollege Jörg-Uwe Nieland von der Sporthochschule Köln. Pyrotechnik in Stadien und rechtsextreme Ultras, nicht nur in deutschen Stadien, sprachen für die Relevanz des Untersuchungsgegenstandes: Anhand von vier Fallbeispielen wollten Mittag und Nieland herausfinden, ob und wie Fußballverbände Fans in Entscheidungen inkludieren. Auch, wenn in Deutschland die Kommunikation zwischen Vereinen und Fans beginnt, so werden die Fans im Vergleich mit Italien, England und Europa insgesamt doch deutlich besser eingebunden, stellten Nieland und Mittag fest.

Kommunikation stand ebenfalls im Mittelpunkt des Vortrags von Daniel Rölle. Der Verwaltungswissenschaftler der Universität Speyer beschäftigte sich mit der Frage, wie aufnahmefähig die deutsche Verwaltung für Bürgerpartizipation ist, oder vielmehr, wie die Aufnahmefähigkeit von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen wird. Auf reges Interesse im Publikum stieß dabei sein Befund, dass der Glaube an die Kompetenz der Verwaltung im Osten des

Landes sinkt, während er im Westen stagniert.

Nach einer kurzen Pause übernahm Ulrich Willems von der Universität Münster die Moderation. Eva Krick, die an der Humboldt-Universität zum Thema „Innenpolitik in Deutschland“ lehrt und forscht, stellte ihr Paper über Expertengremien als Instrumente der Partizipation vor. Vier verschiedene Gremien wurden anhand von Daten aus den Jahren 2008–2011 von ihr untersucht. Wenngleich alle vier Gremien formal effektiv gearbeitet hätten; die von Krick angelegten Partizipationskriterien (Formale und Substanzielle Inklusion) wurden in keinem der Fälle erreicht.

Die Sitzung beschloss Patrick Bernhagen von der Zeppelin-Universität mit einer Präsentation seiner vorläufigen Forschungsergebnisse. Gemeinsam mit seinem Kollegen Hermann Schmitt untersucht Bernhagen derzeit, wie sich politische Deliberation und politische Information auf das Wählerverhalten auswirken. Seine These, dass erhöhtes politisches Wissen die Wahrscheinlichkeit des Wahlwechsel erhöht, überprüfte Bernhagen in einem Versuch mit 400 Teilnehmern vor der letzten Europa-Wahl. Sein vorläufiges Fazit: Zwar führt deliberative Politik zu einem Kenntnisanstieg bei Wählerinnen und Wählern, ein signifikanter Zusammenhang von Kenntnisanstieg und parteipolitischer Präferenzänderung ließ sich aber nicht nachweisen. •

Gesteigertes
politisches
Wissen macht

Wahlwechsel nicht
wahrscheinlicher

Erleben

Sie

Tübingen

Ein Kongress in Tübingen – und noch nichts von der Stadt gesehen? Am Donnerstag, 27.9., bietet die DVPW ab 12.45 Uhr eine Stadtführung an. Treffpunkt ist das Kongressbüro (Hörsaal 4). Die Teilnahme kostet 5 Euro. Bei Interesse melden Sie sich verbindlich an, indem Sie sich bis zum 26.9., 15 Uhr, in die Liste eintragen, die an den Stellwänden im Foyer gegenüber der Infotheke im Kongressgebäude aushängt. Sollten sich genügend Teilnehmer anmelden, erhalten Sie die Teilnahmekarten am 26.9. ab 15 Uhr an der Infotheke. Die Karten sind gleich hier zu bezahlen.

Twitter

Verfolgen Sie den Kongress auf Twitter.
twitter.com/dvpw_2012



Impressum

Herausgegeben im Auftrag von Vorstand und Beirat der
DVPW Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft
c/o Universität Osnabrück
FB 1 – Sozialwissenschaften
49069 Osnabrück

V.i.S.d.P.: Marc Raschke, Pressereferent für den
DVPW-Kongress in Tübingen, info@raschke-partners.de
Redaktion: Marc Raschke, Hannah Bethke, Isabella Bauer,
Tobias Müller, Christian Saathoff
Fotos: Marc Raschke, www.raschke-partners.de
Auflage: 200 Stück